

SoVD · Kurfürstenstraße 131 · 10785 Berlin

Frau Regierende Bürgermeisterin
Franziska Giffey
Senatskanzlei
Berliner Rathaus
Jüdenstraße 1
10178 Berlin

Landesgeschäftsstelle
Landesvorsitzende
Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer
Tel. 030 – 26 39 38 – 20
Mobil: 0170 335 1445
Fax 030 – 26 39 38 - 29
engelen-kefer@sovd-bbg.de

07. Januar 2022

Mieterhöhung bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften

Sehr geehrte Frau Regierende Bürgermeisterin,
liebe Franziska Giffey,

zunächst noch einmal meine besten Wünsche für das Jahr 2022, vor allem Erfolg in unseren gemeinsamen sozialen Anliegen für Stadt und Land Berlin.

Heute möchte ich mich in einer Angelegenheit an Sie wenden, die uns als SoVD-Landesverband besonders besorgt, nämlich die Senatspolitik zu Mieten und Wohnen. Dies ist in Corona-Zeiten mit den vielfältigen Einschränkungen auch beim Einkommen besonders bedeutsam und betrifft einen großen Teil unserer Mitglieder in der „Mieterstadt“ Berlin. Zudem sind die Mieter durch die erheblichen Steigerungen der Energiepreise besonders belastet.

Zu Beginn des neuen Jahres haben die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften begonnen, die Mieten zu erhöhen. Als Sozialverband, in der Verantwortung für Berliner Bürgerinnen und Bürger vorwiegend im unteren sozialen Mittelfeld, sind wir davon besonders betroffen. Gerade unsere Mitglieder – vielfach im höheren Lebensalter und mit Behinderungen sowie mit niedrigem Einkommen und Renten – sind auf bezahlbare Mieten in den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften angewiesen.

Wir haben daher als SoVD-Landesverband die Initiative des vorherigen Senats begrüßt, nicht nur die bundesweit geltenden Begrenzungen der Mietsteigerungen umzusetzen, sondern auch den Berliner Mietendeckel einzuführen. Entsprechend enttäuscht waren wir daher über dessen Aufhebung durch das Bundesverfassungsgericht. Wir haben uns den Protesten gegen die bereits damals von den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften angekündigten Mieterhöhungen angeschlossen. Mit Erleichterung konnten wir zur Kenntnis nehmen, dass der Berliner Senat davon Abstand genommen hatte. Umso mehr bedauern wir die jetzige Anhebung der Mieten. Dabei sehen wir durchaus, dass die angekündigten Mietsteigerungen ab April dieses Jahres um 0,08 Euro je Quadratmeter und Monat niedrig sind und sich im Rahmen der vorgegebenen Mietobergrenzen am unteren Rand bewegen.

Ich möchte Sie jedoch eindringlich darum ersuchen, dies nicht zu einem „Einfallstor“ für weitere Mieterhöhungen werden zu lassen. Eher umgekehrt ist der Berliner Senat gefordert, den außergewöhnlich hohen Mietsteigerungen vor allem durch die Förderung des sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus Einhalt zu gebieten. Zudem steht ein Ergebnis der von Ihrem Senat eingerichteten Expertengruppe zum Volksbegehren zur Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen noch aus.

Sehr geehrte Frau Regierende Bürgermeisterin, liebe Franziska Giffey,

ich bitte Sie, mein Ersuchen in dieser für viele Menschen lebenswichtigen Frage der Wohnungsmieten zu berücksichtigen. Dies ist auch ein wesentlicher Beitrag für die Glaubwürdigkeit der Wohnungspolitik Ihres Senats. Sie könnten dazu einen wichtigen Beitrag leisten, indem Sie die mit dem Berliner Mietendeckel beabsichtigte Begrenzung von Mietsteigerungen beachten. Außerdem muss ein finanzieller Ausgleich für den hohen Anstieg der Energiekosten gerade für die einkommensschwächeren Mieter gewährt werden.

Mit besten Grüßen


Ursula Engelen-Kefer